

Wahrscheinlichkeit verfliegen. Die Sozialisierungskommission wird dem Reichshauptamt wirksame Mitarbeit leisten müssen.

Damit könnte das Kapitel „Schiffers Steuerpläne“ geschlossen werden, wenn nicht noch ein böser Nachtrag zu erleben wäre. Das ist der penetrante antisozialistische Vergleich, den er seinem an sich schon ungenießbaren Bericht gegeben hat. Gestrichelt mit seiner Schwarzmalerei der Finanzlage auf Diskreditierung der Revolution aus, ohne das freilich direkt zu sagen. So greift er zu ganz effener Stimmungsmache gegen die sozialistische Republik, wo er von der angeblichen Verschwendung der Regierungsgelder durch die Arbeiter- u. Soldatenräte spricht. Das ist um so schlimmer, als hier nicht ein beliebiger Privatmann, sondern der Finanzminister Deutschlands spricht, von dem die Öffentlichkeit annimmt, daß er es doch wissen muß. Aber in Wirklichkeit sprach hier nicht der Minister, sondern der antisozialistische, bürgerliche Parteimann. Denn wenn auch in der ersten Zeit des revolutionären Chaos von den Mägen hier und da, als noch die richtige Schätzung und der allgemeine Ueberblick fehlte, Ausgaben gemacht sein sollten, die sich vor strenger Nachprüfung als unnötig oder überflüssig zeigen mochten — was wollen diese einigen Millionen besagen gegen die wahrnehmbare Milliardenverschwendung, die das alte Regiment im Weltkrieg vertrieben hat, gegen die ungeheuren Liebesgaben, die der Kriegsindebitor in den Mägen geworfen worden sind. Was Herr Schiffer da einmal nachspricht, wenn er das Bedürfnis hat, sich über Verschwendungen von Steuergeldern zu entlasten.

Herr Schiffer ist ein Feind des Sozialismus. Das ist sein Recht. Er hat auch das Recht, dieser seiner Feindschaft öffentlich Ausdruck zu geben und auch der Gebrauch solcher demagogischer Mittel, wie die Enttarnung über die Geldverschwendung der revolutionären kann ihm unter der Geltung der Redefreiheit nicht verwehrt werden. Aber er kann dabei nicht Minister der sozialistischen Republik sein, und wenn er auch nur technischer Sachmann ist.

Das Reichshauptamt muß von Herrn Schiffer befreit werden. Er muß mit Herrn Solf alsbald verschwinden. Das System der Zweideutigkeit und Zwickzackigkeit darf nicht das Merkmal der sozialistischen Regierung werden!

### Schiffers Steuerpläne.

Aus der Rede des Herrn Schiffer sei folgendes mitzuteilen: Die direkten Steuern werden, so viel ist gewiß, antiliberalistisch sein, aber sie werden ihre natürliche Begrenzung durch die Stellung finden, die das Kapital im Wirtschaftsleben einnimmt. Die Zeit, in der sich schnell große Vermögen bilden konnten, ist darüber mühen wir uns nicht, ein für allemal vorüber, und bei aller Belastung, die die Steuern bringen werden, dürften sie eine günstige Folgeerscheinung haben: eine Senkung der Preise. Es ist nicht möglich, schon jetzt Steuererlässe zu erlassen. Dazu ist ein Zusammenwirken mit den Bundesstaaten, eine Beratung mit sämtlichen Interessenten und vor allem die Stimme der Allgemeinheit, wie sie durch die Nationalversammlung dokumentiert werden soll, erforderlich. Ausnahmen sind allerdings möglich und die Vorbereitung für eine solche Ausnahme ist die den Gesellschaften bereits gemachte Vorkehrung: 80 Prozent ihres gegenüber der Friedenszeit erzielten Mehrertrags in die Kriegskassenverpflichtung zu tun. Das ist bereits an, daß die Kriegskassenverpflichtung für 1917/18 im Jahre 1918/19 wiederholt werden muß.

#### Ein neues Kriegsteuerngesetz

wird, insbesondere unter Wahrung der Kraft von Jahre 1914 ab, die großen Kriegskassenverpflichtung erfüllen, die kleineren Ersparnisse hinsichtlich der Möglichkeit (haben). Neben der Kriegsteuer wird eine Vermögenssteuer kommen, die sich nicht nur nach der Verschicktheit der Objekte (ob bares Geld, ob Wertpapiere, Grundbesitz, ob Mobilien) richtet, sondern auch nach der Verschicktheit der Subjekte (Alter, Arbeitsfähigkeit).

Als weitere direkte Steuern erwähnt der Redner eine Anpassung der Einkommensteuer an die Vermögensverhältnisse, einen Ausbau der Einkommen- und Ergänzungsteuer, wobei namentlich die Besteuerung der hohen Einkommen dem Reich vorbehalten und deshalb eine eigene Reichseinkommensteuer geschaffen werden müsse. Sodann wird an eine Betriebssteuer gedacht, die gleichsam an der Quelle hohe Erträge gewerblicher Unternehmungen abfallen sollte, an eine Kapitalertragssteuer, wie sie in einigen Bundesstaaten bereits erhoben wird, an einen Ausbau der Erbschaftsteuer, die auf Abkömmlinge auszuweichen ist und bei deren Höhe auch Berücksichtigung werden soll, in welchen Vermögensverhältnissen sich der Erbe befindet. An indirekten Steuern

wann die Staatssekretär als steuerlich zu erfassendes Objekt in erster Reihe den Tabak, und zwar wolle man die Zigarettensteuer, die jetzt von einem Höchstpreis für Abzweigen im Betrag von 7 Pfennig für die Zigarette ausgesetzt (sowohl in Wirklichkeit der Preis der Zigaretten höher ist), entsprechend abändern. Die Zinksteuer werde erhöht werden müssen. Im Grundgesetz umfaßt die Stelle der letzten vielfachen Besteuerung eine trefflich mit einer Erhöhung verknüpfte Vereinfachung zu treffen haben. Vor allem aber werde die Umsatzsteuer ein wichtiges Steuerobjekt bieten und zwar ist hier vor allem daran gedacht, die Besteuerung von Luxusgegenständen und ähnlichen Gegenständen auszubauen.

### Soldaten = Heimkehr.

Berlin, 10. Dezember.

Die Reichshauptstadt hat heute den Einzug der Gardetruppen und der Deputationen aller Kontingente des deutschen Heeres erlebt. Anders, als ihn sich in den Tagen des August 1914 die Berliner Neugierige vorgestellt haben wird und wie er wohl noch an manchen Siegesplänen der folgenden Jahre den Alldeutschen und der Generallisten vorgeschwebt haben mag. Es ist keine Wiederholung des Siegeszugs von 1871 geworden, der der jetzige Wilhelm der Dritte als sechsjähriger Prinz beizohnte. Heute war er nicht dabei, konnte er nicht an der Spitze seiner erhabenen Generale als Sieger durch das Brandenburger Tor einziehen, empfangen von festbedeckten Bürgermeistern, Stadträten und empfangenen Ehrenjungfrauen, begrüßt von dem Hurra eines freiwilligen, festgestimmten Bürgertums und dem brausenden Gesang der „Doinne-Gang“. Es ist anders, ganz anders geworden, und das ist gut so.

Aber daß noch lange nicht alles so ist, wie es sein sollte, das hat uns dieser Einzug auch wieder gezeigt. Ihm fehlte das Beste, was wir ihm wünschen mußten, die kräftige sozialistische Note. Sie erklang weder in der Rede des Volksbeauftragten Ebel, noch war sie in der Haltung der Volksmassen zu finden, die das Spalier für die Einziehenden bildeten. Sie fehlte auch in dem Schmutz der Straßen — die rote Fahne war eine große Seltenheit. Das ist nur eine Konsequenz, die zudem durch den bedauerlichen Mangel an rotem Fahmentuch zu einem Teil entschuldigt wird, zu einem weiteren Teil aus dem Umstand erklärt, daß der Zug durch die Quartiere der Bestehenden ging. Aber die aus öffentlichen Mitteln erfolgte Schmückung hätte das Zeichen der sozialistischen Republik schon be-

rücksichtigen müssen und können. Und es ist mehr als ein Regler, daß die Revolutionsbehörden das nicht rechtzeitig anzuerkennen oder durchzuführen mußten.

Wichtiges aber als das ist der Geist, der die einziehenden Truppen und die, die sie begrüßten, erfüllte. Und unsere Beobachtungen gehen uns gerade nicht Anlaß zur Befriedigung. Gewiß, die Arbeiterkraft war in den Verhältnissen und einem starken Prozentsatz des Publikums machten die Schüler der höheren Schulen aus. Dennoch — es ist relativ viel politische Gleichgültigkeit und Gedankenlosigkeit, und andererseits wieder reichlich viel Abneigung nach dem freien Volkstaat, was sich da kundgab.

Und die Truppen? Es sind die des Generalkommandos Equis, denen das Soldatenratsmitglied Gebme am Sonntag bitter unrecht getan haben soll, als er sie als vom Geist der Gegenrevolution erfüllt bezeichnete. Sämtliche bürgerliche Blätter haben sie gegen diesen Schwand Verdacht lebhaft in Schutz genommen. Aber umsonst ist der Volksbeauftragte Paris nicht zum Generalkommando Equis hinausgerannt worden, unlos hat man dem General Equis in Stellung nicht das feindliche Verhältnis für sich und die Truppen angenommen, sich hinter die Regierung Ebert-Saase stellen zu wollen. Und beim Einzug haben wir, daß die Truppen so gut wie keine roten Abzeichen trugen, daß ihnen hoch zu Ross die Offiziere vorausritten im Schmutz aller ihrer Abzeichen. Von einer Umwandlung des militärischen Systems war diesen Truppen nichts anzusehen.

Deswegen heißen wir sie nicht minder herzlich in der Heimat willkommen und wollen wir ihnen nicht minder gern die Ehre, die ihnen in dieser feierlichen Einholung, erwiesen wurde und die ihnen eine kleine Vergütung für das viele Mitleid und Schwere sein mag, das sie brauchen erdulden und tragen mußten als schuldlose Opfer eines verurteilten Systems. Aber wir empfinden bei ihrer Heimkehr doppelt schwer die Pflicht, ihnen die Klüftung zu bringen, die sie an vollen Staatsbürgern, zu bewussten Vätern der sozialistischen Republik macht. Es ist eine Aufgabe, die eilig in die Hand genommen werden muß. Und scharfes Augenmerk muß gerichtet werden auf mögliche Versuche der Gegenrevolution, diese Soldaten zu ihren Zwecken zu mißbrauchen. Das Gelöbnis des Generals Equis in allen Ehren — aber eine Regierung, die darauf allein bauen wollte, ein Proletariat, das darüber die Wachsamkeit verfehlt, können sich nicht bekennen, wenn ihnen eines Tages die Gegenrevolution im Nacken läßt.

### Die Hoffnung auf die Entente-bajonette.

#### Stimmungsmache durch Tendenznachrichten.

Die Vertreter der rheinischen Schwerindustrie, die Stinnes und Genossen, haben das wahre Gesicht und die wahre Vaterlandsliebe der deutschen Großbourgeoisie enthüllt. Nicht die Rettung Deutschlands — die Rettung des Kapitalismus für sich ist das Ziel ihres Strebens. Für die Erreichung dieses Ziels suchen sie Bundesgenossen, wo sie sie erhalten, und die ihnen am nächsten stehenden sind die kapitalistischen Regierungen der Entente.

Um diesen Bundesgenossen wird die Presse der Schwerindustrie mit aller Kraft. Ihre Nachrichten über die bevorstehende Intervention der Entente in Deutschland lassen einander. Der Zweck ist die Beeinträchtigung des deutschen Volkes im gegenrevolutionären Sinne. Es soll an den Gedanken der gegenrevolutionären Intervention gewöhnt werden. Man will ihm der Gedanken eintröpfeln, daß die Revolution die Intervention nach sich ziehen müsse. Man will es durch die Drohung der Intervention der Entente zum Nachgeben in wichtigen arbeitsrechtlichen Fragen der Revolution zwingen, man will von den Trägern der Revolution Zugeständnisse und Handlungen erzwingen, die sie ohne diese Drohung niemals tun würden.

Das Organ der rheinischen Schwerindustrie in Köln, die Rheinische Volkszeitung, hat am Montag wieder eine derartige Tendenznachricht veröffentlicht. Sie lautet:

„Die Rheinische Volkszeitung erzählt aus politischen Kreisen: Mütterlichen Besorgnis beabsichtigt der Werkverband, Truppen zur Verhinderung des Fortschreitens nach Berlin zu schicken. In dem Falle ist mit der Möglichkeit des Einmarsches von Verbänden in Berlin zu rechnen. Wie das Blatt weiter erzählt, wird in Kreisen der Reichsregierung befürchtet, daß der Werkverband ein Ultimatum stellen wird, damit auf einer geschäftlichen Grundlage Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Andernfalls sollen die Amerikaner Berlin mit drei Armeekorps besetzen. Es liegt Grund zu der Annahme vor, daß dieses Ultimatum des Werkverbandes sehr kurzfristig sein wird, so daß die erst nach zu wählende Nationalversammlung nicht abgewartet werden kann.“

Der unverschämte Witz noch einer gegenrevolutionären Diktatur spricht aus dieser Nachricht. Wo sind die Beweise für diese Absichten der Entente?

An dieser Stimmungsmache durch Tendenznachrichten hat sich das Zentralorgan der Rechtssozialisten, der Vorwärts, mit dem größten Eifer beteiligt. Für ihn kommt es darauf an, durch diese Taktik einen möglichst frühen Zusammentritt der Nationalversammlung zu erzwingen — aus parteilichen Gründen. Deshalb verzichtet er mit peinlicher Genauigkeit alle Gerüchte über Interventionen der Entente.

In seiner heutigen Morgenausgabe berichtet er wieder, daß die Entente ein neues Ultimatum an Deutschland vorzubereiten scheine, um die sofortige Wiederherstellung der geschäftlichen Ruhe und Ordnung zu erzwingen. Dieser Witz, lächerlich er wird nicht deutlich und fast zur Genüge. Wie der Tempus berichtet, liegt eine Note der Allierten an Deutschland auf sofortige Aufhebung der gesamten Arbeiter- und Soldatenräte der Pariser Konferenz zur Beschließung vor. Die Note stelle eine überwältigende Kräfte zur Wiederherstellung der rechtlichen Verhältnisse, nach deren Ablauf die Allierten selbst die Beschließung des Volkswiderns in Deutschland in die Hand nehmen würden. Weitere Londoner Meldungen stützen die Wahrscheinlichkeit dieser Drohung. Die Zusammenstellung von Truppen an der deutschen Grenze dauert an.

Diese Haltung des rechtssozialistischen Organs, seine kritische Weiterverbreitung von Nachrichten, die mit größter Vorsicht geprüft werden müssen, erleichtert den Gegenrevolutionären ihre Treiberellen gegen die Träger der Revolution. Sie ist ein neuer Beweis dafür, wie die Politik der Rechtssozialisten die Gegenrevolution der Bourgeoisie bedient, deren Hoffnungen jetzt die Ententebajonette sind.

### Die Waffenankäufe der Sowjetlandgesellschaft.

Am 10. Dezember hat die Reichsregierung Hugo Haase ist folgender Rundpruch des früheren Vertreters der Sowjetregierung in Berlin, Hoffe, aus Moskau vom 5. Dezember eingetroffen:

Auf die Beschuldigung des W. L. B., die frühere Vertretung der Sowjetregierung in Berlin habe sich nicht nur die Verbreitung bolschewistischer Propagandaschriften in Deutschland, sondern auch die Beschaffung von Waffen angelegen sein lassen, bitte ich festzustellen, daß diese Propagandaschriften durch Vermittlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei verbreitet wurden. Was den Ankauf

von Waffen anbelangt, so ist die in der erwähnten Meldung angeführte Zahl von insgesamt 150 Mauserpistolen, 28 Browning- und Parabellumpistolen nebst etwa 27 000 Patronen nicht richtig. Die angeführten Waffen waren nur zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt. Die Zahl der angekauften und dem jetzigen Minister Parth übergebenen Waffen ist, wie Sie wissen, viel höher. Auch entspricht die angeführte Gesamtsumme der Gelder nicht den Tatsachen. Herr Parth hat sich bereit erklärt zum Zweck der Beschaffung von Waffen nicht 105 000 Mark übergeben worden, sondern mehrere hunderttausend Mark. Zudem ist das gefällige möchte, rühme ich mich durch diese meine Tätigkeit, die im Einverständnis mit den unabhängigen Ministern Haase, Parth und anderen geschah, auch für meine Person zum Zweck der deutschen Revolution noch Kräfte mitzubringen zu haben.

Dazu werden nachstehende Erfahrungen veröffentlicht:

In einem Rundpruch des Genossen Hoffe wird erklärt, daß ich von ihm Geld und Munition für revolutionäre Zwecke erhalten habe. Ich erkläre hierauf, daß ich niemals weder von ihm noch einem anderen russischen Genossen Geld oder Waffen erhalten habe. Durch meine Hände gingen zur Vorbereitung und Propaganda der Revolution mehrere 100 000 Mark, die ich selbst von deutschen Genossen erhielt. Ich habe den Genossen Hoffe nur einmal, etwa 14 Tage vor der Revolution, gesehen und gesprochen, nachdem ich bereits den größten Teil der Waffen angekauft hatte. Ferner erkläre ich, daß ich von der Waffenbeschaffung der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, insbesondere Haase, erst Mitteilung machte, als ich die Waffen besaß, sie also vor vollzogene Taten stellte.

Gen. Emil Parth.

In dem Rundpruch Hoffe erkläre ich folgendes: Ich habe keinerlei Kenntnis davon, daß die Vertretung der Sowjetregierung in Deutschland Waffen, die zur Ausfuhr nach Rußland bestimmt waren, gekauft hat. Mein Kollege Parth hat, wie mir bekannt ist für den erwarteten Ausbruch der Revolution Waffen für das deutsche Proletariat besorgt. Von dieser Tatsache hat er mir erst, nachdem er bereits im Besitz der Waffen war, Mitteilung gemacht. Ueber die Zahl der Waffen und über das dazu verwendete Geld besitze ich noch keine feineren Kenntnisse. Ueber die Verwendung oder irgendwelchen Gebrauch zwischen Hoffe und mir oder zwischen ihm und anderen Mitgliedern der Parteileitung über Waffenbeschaffung hat mich nichts bekannt. Ich bin nicht einmal auf die Verwendung gekommen, daß Hoffe für Waffenbeschaffung irgendwelche Mittel verwendet hat. Ich habe vielmehr angenommen, daß einige reichhaltige deutsche Parteigenossen meinem Kollegen Parth Geld für die zur Zweck zur Beschaffung gestellt haben. Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei hat nur ihre eigenen Propagandaschriften verbreitet, nicht jedoch die Verbreitung anderer Propagandaschriften vermittelt.

Gen. Hugo Haase.

### Sausuchung im Spartakusbund.

Die Note folgte vom Dienstag berichtet: „Gestern abend gegen 7 Uhr fuhr vor dem Hause Wilhelmstraße 114, in dem sich die Geschäftsstelle des Spartakusbundes befindet, ein Kavaliers von dem 15 mit Panzergranaten und Gewehren bewaffnete Soldaten eskortierten. Mit Mann drangen sie in den Spartakusbund und suchten alle Anwesenden an: „Wo ist Hoffe?“ Einer als Hoffe umgebenen Genossen wurde von einem Soldaten ein Revolver auf die Stirn gelegt und eine Taschenuntersuchung vorgenommen. Als ein Revolver bei ihm vorgefunden wurde, würgte man ihn an der Gurgel und erklärte ihn für verhaftet. Erst dann erklärte der Führer, daß er von Wels den Auftrag habe, eine Hausdurchsuchung nach Waffen vorzunehmen und gelte einen solchen schriftlichen Befehl von Wels vor. Dann wurde an alle Anwesende, indem man ihnen einen Revolver auf die Brust setzte, eine Polizeiverhaftung vorgenommen. Bei einem Genossen wurde noch ein Manuskript beschlagnahmt. Hierauf wurden alle Räume nach Waffen untersucht, ohne solche zu finden. Wiederholt wurden einzelne Anwesende in der brutalsten Weise angefaßt und mit Erbschüssen bedroht. Als ein im Vorzimmer befindlicher Genosse, dem erst der Einzug in das Haus verwehrt worden war, ins Voraus kam und die Soldaten darauf hinwies, daß sie nur nach 80 (Gewehren und einigen Patronen) zu suchen hätten, erklärten sich diese mit Mißtrauen bereit, die beschlagnahmten Sachen wieder herauszugeben. Ein Revolver und ein Manuskript wurden aber trotzdem mitgenommen.“

Der Scheidemannsche Stadtkommandant Wels scheint seinen Ehrgeiz bereinzusetzen, die brutalen Methoden des alten preussischen Volkstretiments auch heute noch anzuwenden. Den einziehenden Fronttruppen, die schon für konterrevolutionäre Zwecke herbeigeholt die Waffen abzunehmen, hat man nicht gewagt; die Offiziere über die Polizeigewalt aus, als wäre das nicht weiter schlimm. Auch solche Reaktionen, wie Herr Morien, der im Mittelpunkt der Vorwärtsaktion steht, löst man mit Zornstößen an und läßt sie wenig behindern ihre antirevolutionären Pläne durchzuführen; der famose Unteroffizier Sappe darf in aller Öffentlichkeit eine gegenrevolutionäre Schuttruppe von aktiven Schutzeinheiten bilden und ausüben. Daneben erprobt sich der ganze Witz und die äußerste Brutalität der Pariser Kommandantur an den Arbeitern, die auf den Wegen von Spartakus wandeln. Hier erzieht man billige Triumphe — aber zugleich wird der Revolution Schimpf und Spott angetan.

### Das Programm der Sozialisierungs-Kommission.

Berlin, 10. Dezember. Die Kommission für Sozialisierung betrachtet es als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu bewerkstelligen.

Sie ist sich bewußt, daß die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel nur in einem länger währenden organischen Aufbau erfolgen kann. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebietend die Wiederaufnahme der Exportindustrie und des auswärtigen Handels.

Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftsweise die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Erfolg erfordert die Angliederung der Industrie die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Zirkulationskredits und damit die ungehörte Funktion der Kreditbanken.

Am Interesse unserer Lebensmittelversorgung wird auch nicht vernachlässigt werden, in die bisherige Welt- und Verkehrsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Hier soll durch die Landwirtschaft angepaßte Maßnahmen und durch Unterstützung der Genossenschaften die Produktivität gehoben und die Intensität gesteigert werden.

Daneben ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Gesamt- und die Verflechtung über die wichtigsten Rohstoffe, wie Kohle und Eisen, aufhören. Es soll geprüft werden, welche andre Zweige der Produktion und der Kraftgewinnung infolge der erweiterten Konzentration geeignet sind, in Gemeinwirtschaft übergeführt zu werden, welche Wirtschaftszweige sonst ihrer Natur nach, wie z. B. das Versicherungswesen und die Hypothekbankwesen, für die Sozialisierung in Betracht kommen.

Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängt von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Erhaltung aller unmittelbaren Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Sie wird sich durch diesen Gesichtspunkt auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft leisten lassen.